

kunststoffland NRW e.V. Wirtschaftspolitische Forderungen

Die Menschheit befindet sich im Kunststoffzeitalter. In den letzten 70 Jahren ist weltweit die enorme Menge von 8,3 Mrd. Tonnen Kunststoff produziert worden. Jedes Jahr kommen mit steigender Tendenz rund 370 Mio. Tonnen hinzu. Im Umgang mit Kunststoffen – und vor allem bei ihrer Entsorgung – werden Fehler gemacht. Weltweit wird nur ein geringer Teil, etwa 15 Prozent, stofflich verwertet. Geschätzte 80 Prozent enden auf Deponien oder in der Umwelt, der Rest wird verbrannt. In der Natur verrottet Kunststoff nicht, sondern wird in immer kleinere Partikel zerlegt, was je nach Kunststoff und Produkt mehrere hundert Jahre dauern kann.

In Deutschland werden etwa 18 Millionen Tonnen Kunststoff pro Jahr hergestellt. Nordrhein-Westfalen ist die führende Kunststoffregion in Deutschland und Europa. Hier ist mit über 1.000 Unternehmen mit mehr als 137.000 Beschäftigten und einem Umsatz von rd. 30 Mrd. € fast ein Viertel der gesamten Kunststoffindustrie in Deutschland ansässig. Sie liefert einen wichtigen Beitrag zu Deutschlands Wohlstand, Innovationskraft und internationaler Wettbewerbsfähigkeit in vielen Branchen. Im Jahr 2019 sind in Deutschland nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) rund 46 Prozent aller gesammelten Kunststoffabfälle werkstofflich und weniger als 1 Prozent rohstofflich verwertet worden, 53 Prozent wurden energetisch genutzt.

Der Verein kunststoffland NRW, ein Zusammenschluss von rd. 150 Unternehmen aus der gesamten Wertschöpfungskette – darunter Großunternehmen, aber auch hochinnovativen Mittelständlern sowie Forschungseinrichtungen – hat sich zum Ziel gesetzt, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Kunststoffindustrie in NRW zu stärken. kunststoffland NRW setzt sich als Netzwerk für die Interessen und Bedürfnisse der Branche ein. Als Sprachrohr gegenüber der Politik geben wir unseren Mitgliedern eine Stimme und vertreten zielgerichtet deren Interessen.

Die bisherige Lebensweise moderner Gesellschaften, der Natur dauerhaft immer größere Mengen Ressourcen zum Konsum zu entziehen ohne parallel zirkuläre Strukturen für die wiederholte Nutzung zu schaffen, zerstört die planetaren Lebensgrundlagen. Notwendig ist eine umfassende Transformation vom linearen zum zirkulären Denken. Dazu gehört ein systematischer Wertewandel: Wir brauchen deutlich mehr Kooperation, einen bewussteren Konsum sowie die Einführung neuer Geschäftsmodelle. Die Aufgabenstellung ist ambitioniert: Mit einem deutlich verringerten Einsatz von primären Ressourcen müssen wir in Zukunft die erforderliche Wertschöpfung generieren. Vor diesem Hintergrund bekennt sich kunststoffland NRW zu der Verantwortung, die angesichts dieser Problematik vor allem aus der Behandlung gebrauchter Kunststoffe erwächst. Wir wollen Teil der Lösung sein. Das Ziel kann nur in der Transformation zu einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft im Sinne des Pariser Klimaschutzabkommens und des Green Deal bestehen. Die Umsetzung dieses Ziels geht über eine Industrie oder eine gesellschaftliche Gruppe hinaus und wird Zeit in Anspruch nehmen, aber wir haben uns auf den Weg gemacht.

Er ist mit großen Herausforderungen für Produzenten, Verarbeiter, Nutzer und Verwerter und die zugehörigen Anlagen- und Maschinenbauer verbunden – aber eben auch mit großen Chancen, insbesondere im globalen Kontext. kunststoffland NRW will seine Mitglieder auf diesem Weg unterstützen.

Dazu gehört auch die Schaffung eines entsprechenden politischen, administrativen und gesellschaftlichen Umfeldes. Vor diesem Hintergrund setzt kunststoffland NRW sich für eine Umsetzung der folgenden Punkte ein:

▪ **Den Werkstoff Kunststoff in seiner Gesamtheit beurteilen**

Wir sind uns bewusst, dass Kunststoffe vor allem am Ende ihres Lebenszyklus Probleme verursachen können. Aber die Nutzung von Kunststoffen ist deshalb so sprunghaft angestiegen, weil sie in vielen Bereichen im Vergleich zu anderen Materialien die funktional, ökonomisch und oft ökologisch bessere Lösung darstellen. Kunststoffe und viele Kunststoffprodukte sind deshalb aus dem modernen Leben nicht mehr weg zu denken. Ohne sie gäbe es keine Handys, Computer oder moderne Fortbewegungsmittel. Kunststoffe haben nicht nur negative Umwelteffekte, sondern sie liefern auch einen wesentlichen Beitrag zur Lösung zentraler Menschheitsprobleme: Sei es beim Klimaschutz, für den mehrere unserer Mitglieder Produkte wie z.B. Spezialharze und -vernetzer, Kernmaterialien und Additive produzieren, mit denen wetterbeständige, längere und formfeste Rotorblätter für Windräder hergestellt werden, sei es in Brennstoffzellen, für die ein Mitglied Bipolarplatten aus Kunststoff entwickelt, die leichter, langlebiger und günstiger als die herkömmlichen aus Metall sind, oder in Leichtbauteilen, die auf den Anlagen und Maschinen eines unserer Mitglieder hergestellt werden und helfen, die Reichweiten von Elektrofahrzeugen zu verlängern. Gleiches gilt für Kunststoffe im Gesundheitssektor, die etwa in den medizinischen Geräten zum Einsatz kommen, die eines unserer Mitglieder zur Diagnostik und Beurteilung der kardiopulmonalen und metabolischen Funktionen sowie der Körperzusammensetzung entwickelt, produziert und vertreibt oder in den Kabel- und Stecksystemen, die ein anderes Mitglied für die Medizintechnik herstellt. Wir fordern deshalb auch die Anerkennung des hohen gesellschaftlichen Nutzens von Kunststoffen durch die Politik. Kunststoff ist vor allem ein Enabler des modernen und gesunden Lebens und die Kunststoffindustrie eine Leitbranche unseres Landes!

▪ **Differenzierte Problembetrachtung**

Plastikteppiche auf den Weltmeeren oder wilde Müllkippen in manchen Teilen der Welt sind erschreckend. Auch wenn die Situation bei uns anders aussieht, ist Handlungsbedarf auch hierzulande unbestritten. Wir meinen: Nicht jedes Problem kann von hier gelöst werden und ein globales Problem erfordert zuallererst globale Lösungen – das entbindet uns aber auf keinen Fall davon, im Rahmen unserer Möglichkeiten zu handeln. Wir müssen nicht nur den Eintrag von Kunststoffen in die Natur bei uns verhindern, sondern gerade wir müssen dazu beitragen, Lösungen für die weltweiten Probleme im Umgang mit Kunststoffen zu finden. Hier schlummert ein riesiges Marktpotential. Wir fordern aber eine differenzierte Problembetrachtung: Zur Wahrheit gehört auch, dass die Substitution von Kunststoffen durch andere Werkstoffe oft problematisch ist und sich die Umweltbilanz etwa aufgrund ihres Gewichts, ihrer Energieintensität oder ihres Ressourcenverbrauchs häufig verschlechtert. Alle Materialien sollten anhand gleicher Bewertungskriterien beurteilt werden. Angesichts seines großen Lösungsbeitrags sollten der Werk- und Wertstoff Kunststoff oder dessen Einsatz vor allem vor dem Hintergrund der globalen Probleme nicht mit Verboten belegt oder per se abgelehnt werden, sondern der Umgang mit Kunststoffen nach erfolgter Nutzung muss sich verändern. Angesprochen ist nicht nur die Industrie, sondern die Gesamtgesellschaft. Unser gemeinsames Ziel muss es sein, Kunststoffe nach Gebrauch in einem geschlossenen Kreislauf einer erneuten Nutzung zuzuführen und so auch einen Beitrag zur Versorgungssicherheit bei Rohstoffen zu leisten.

▪ **Technologieoffenheit, um Entwicklungspfade zu eröffnen**

Auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft müssen im Zusammenwirken von Politik und Wirtschaft die noch nicht voll ausgeschöpften Potenziale des mechanischen Recyclings gehoben werden. Dazu ist die weitere Skalierung der Prozesse notwendig. Der Schonung natürlicher Ressourcen durch möglichst geschlossene Stoffkreisläufe stehen auf dem Wege des mechanischen

Recyclings neben werkstofflichen Problemen aber grundsätzliche physikalische Grenzen entgegen. Chemisches Recycling, verstanden als Recycling von End-of-life-Kunststoffen, die zur Herstellung neuer Chemikalien und Kunststoffe zunächst in ihre Ausgangsstoffe und Monomere zerlegt werden, kann die Wiederverwendung von Reststoffen dort ermöglichen, wo mechanisches Recycling an diese Grenzen stößt. Beide Verfahren ergänzen sich. Aber auch die Verfahren des chemischen Recyclings müssen in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit, Technologie und Effizienz noch erhebliche Fortschritte machen. Aus diesem Grund müssen beide großen Verfahrensstränge, der werkstoffliche wie der chemische, in Zukunft mit einem gleichwertigen finanziellen Aufwand ertüchtigt und ein level-playing-field geschaffen werden. Auch der Einsatz weiterer Rohstoffquellen, zum Beispiel bio-zirkulärer Rohstoffe für biobasierte Kunststoffe oder Kohlenstoff aus CO₂ könnten Teil der Lösung für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft sein, wobei die Nachhaltigkeitsanforderungen einzuhalten sind. Wir fordern vor diesem Hintergrund bei der Suche nach neuen Lösungen eine grundsätzliche Technologieoffenheit. Forschungs- und Entwicklungsaufgaben für alle Technologien müssen zu gleichen Bedingungen erfolgen. Chemisches Recycling sollte im deutschen Verpackungsgesetz anerkannt werden. Zur Bewertung des jeweiligen Anwendungsfalls sind Ökobilanzen einzubeziehen.

▪ **Möglichst zielgerichteter Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente!**

Bei der Lösung von Problemen setzen wir auf möglichst wenig Ge- und Verbote, sondern auf viel Markt. Durch die Definition von Rahmenbedingungen statt Detailvorgaben und das Setzen von Anreizen statt Verboten wird den vielen dezentralen Akteuren die Möglichkeit gegeben, im Sinne des Gemeinwohls die beste Lösung zu finden. Markt bedeutet für uns nicht das freie Spiel der Kräfte, sondern beschreibt, wo und wie Regulierung möglichst erfolgen sollte. Das gilt auch für den für uns zentralen Umgang mit gebrauchten Kunststoffen: Sie sind Wertstoffe, kein Abfall. Die Schaffung funktionierender Märkte für Sekundärkunststoffe, um sie wieder in den Zyklus zurückzuführen, kann grundsätzlich durch eine gezielte Veränderung der Rahmenbedingungen unterstützt werden:

- Angebotsseitig kann über unterschiedliche Maßnahmen versucht werden, die Menge hochwertiger Rezyklate zu erhöhen und deren Kosten zu senken. Hier sind etwa ein consequentes Design-for-Recycling oder eine genaue, eine vereinheitlichte Kennzeichnung oder verbesserte Sammelsysteme relevant.
- Nachfrageseitig kann der Bedarf an Rezyklaten etwa durch eine gezielte Veränderung der Vorschriften für den Rezyklateinsatz oder klare und zielgenaue Quoten erhöht werden. Verpflichtende Rezyklateinsatzquoten im Verpackungsbereich wie derzeit auf EU-Ebene diskutiert, können ein hilfreiches Mittel sein.

Wir verstellen uns einem problemgerechten Einsatz dieser und weiterer Instrumente nicht. Grundsätzlich muss aber gelten, dass es keine Generallösung gibt. Deshalb fordern wir, den jeweiligen Einzelfall genau zu betrachten, um den richtigen Instrumentenmix für das jeweilige Problem zu finden.

▪ **Rolle des Staates nutzen, Rezyklateinsatz in der öffentlichen Beschaffung ausweiten**

Dem Staat kommt eine besondere Aufgabe bei der Schaffung eines Marktes für Rezyklate zu. Er muss administrative Hürden abbauen und für ein Level-Playing-Field für Rezyklate sorgen. Innovationen, auch institutionelle Innovationen wie die Etablierung von Märkten, können zudem vom Staat durch gezielte Förderinstrumente, hier etwa die Förderung von Produkten mit Rezyklatanteil, oder gezielte Nachfragepolitik unterstützt werden. Jedes Jahr gibt die

öffentliche Hand rd. 500 Mrd. Euro aus. Der Anteil umweltfreundlicher öffentlicher Beschaffung etwa unter Berücksichtigung von Recyclingmaterial liegt standardmäßig jedoch lediglich bei 15 Prozent (DIW, 2019). Wir fordern, dass der Staat auf allen seinen Ebenen seine Nachfrage ggf. über eine Verpflichtung der Vergabestellen nutzt, um den Markt für Rezyklate nachhaltig zu stärken. Hierzu hat das UBA 2021 eine hilfreiche Handreichung veröffentlicht. Ungleichbehandlungen von Rezyklaten, die Rahmen der technischen Weiterentwicklung nicht mehr zu rechtfertigen sind, wie etwa die Verwendung von Rezyklaten für Abwasserrohre, müssen beseitigt werden.

- **Horizontales industriepolitisches Primat, um Überforderung zu verhindern**

Es gilt: Die Transformation der Wirtschaft zu Nachhaltigkeit, Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft ist eine kostenintensive Mammutaufgabe, die unsere Branche und insbesondere den Mittelstand vor enorme Herausforderungen stellt. Zugleich steht die Branche in einem intensiven weltweiten Wettbewerb. Deshalb kann sie die von ihr geforderten Aufgaben nur bewältigen, wenn alle anderen Rahmenbedingungen entscheidend verbessert werden. Vor diesem Hintergrund fordern wir ein breites horizontales industriepolitisches Primat, das von der Infrastruktur über die Verfügbarkeit gut ausgebildeter Mitarbeiter und Nachwuchskräfte – NRW-Unternehmen haben im letzten Jahr selber über 600 Verfahrensmechaniker Kunststoff- und Kautschuktechnik ausgebildet – bis hin zur Steuerpolitik alle Standortbedingungen in den Blick nimmt und entscheidend verbessert.

- **Sofortige Maßnahmen zur Senkung der Energiepreise**

Energie nimmt bei den Standortfaktoren für uns einen besonderen Stellenwert ein: Kunststoffe werden unter hohem Energieeinsatz hergestellt und geformt. Teile der Branche zählen zu den energieintensiven Industrien. Das macht deutlich, dass Energiepreise ein entscheidendes Kriterium für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Kunststoffindustrie sind. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen werden stark belastet, weil sie weniger von Ausnahmetatbeständen profitieren. Auf dem Strommarkt war zuletzt ein Paradigmenwechsel zu beobachten: Waren es in der Vergangenheit meist Abgaben und Umlagen, die für Strompreisanstiege verantwortlich waren, sind es nun vor allem systematisch verringerte Erzeugungskapazitäten und aufgrund der geopolitischen Situation drastisch verteuerte Brennstoffpreise. Dieses Phänomen wird uns auf mittlere Sicht begleiten. Hier muss gehandelt werden. Wir fordern daher neben der beschlossenen Abschaffung der EEG-Umlage – auch um den geringen Grenzkosten der Erneuerbaren Energien gerecht zu werden –, die weitere Absenkung der Abgaben und Umlagen beginnend bei der Stromsteuer sowie der von der Kohlekommission empfohlenen Kompensation der steigenden Netzentgelte. Um die Energiepreise dauerhaft zu senken und Versorgungssicherheit zu garantieren, gehören neben dem schnellen Ausbau regenerativer Erzeugungskapazitäten, wozu auch der Ausbau eigener Kapazitäten zählt, alle Optionen auf den Tisch. Dazu gehören auch die Planungen für den konventionellen Kraftwerkspark. Die Flexibilisierung der nationalen CO₂-Abgabe in Abhängigkeit der absoluten Preise oder deren befristete Absenkung in Hochpreisphasen und ein Industriestrompreis sind als Teil der weiteren Transformation der Wirtschaft hin zur Klimaneutralität zu diskutieren.

- **Bürokratielasten begrenzen**

Ein weiterer für uns zentraler Standortfaktor ist die hohe bürokratische Regelungsdichte, die vor allem Mittelständler mit kleinem Verwaltungsapparat überfordert. Angesprochen sind insbesondere Genehmigungs-, Zulassungs- oder Förderanträge, die nicht nur extrem umfangreich sind, sondern auch häufig sehr lange dauern. Zudem ist die Antragstellung bei verschiedenen

Fördertöpfen des Bundes und Landes uneinheitlich. Neben einer signifikanten Verschlan-
kung und Vereinheitlichung der Antrags- und Abrechnungsverfahren unter Nutzung digitaler Tools
fordern wir für eine Beschleunigung ausreichend Fachpersonal in staatlichen Verwaltungen.

▪ **Innovationsförderung wirtschaftsnah erweitern – industrielles Upscaling unterstützen**

Unser Wohlstand basiert vor allem auf unseren qualitativ hochwertigen, innovativen, industri-
ellen Problemlösungen. Unsere Forschungsinstitutionen, Hochschulen und Unternehmen sind
hochinnovativ – das zeigen alle Indikatoren. Allerdings werden bei uns aus Innovationen zu sel-
ten und zu langsam innovative Produkte. Während für die Spitzenforschung ausreichend Gel-
der und Programme vorhanden sind, gibt es zu wenig Unterstützung für die kostenintensive
und risikobehaftete Entwicklung vom Prototypen zum Serienprodukt. Wir wollen, dass die In-
novationsförderung für den Bereich der Kreislaufwirtschaft verbessert und dieses industrielle
Upscaling in höhere Technology Readiness Level (TRL) mit geeigneten Instrumenten wie Demo-
fabriken staatlich stärker unterstützt wird.